

19.02.2010

## Die falschen Behauptungen der FDP

### Grüne Fakten zur sozialen Gerechtigkeit

Das Bundesverfassungsgericht hat mit der Entscheidung zu den Hartz-Regelsätzen der Politik einen Auftrag erteilt, an dem wir schon lange und differenziert arbeiten: soziale Gerechtigkeit schaffen. Die Berechnung der Arbeitslosengeld II-Regelsätze basiert laut Karlsruhe auf willkürlichen und intransparenten Methoden, gerade die für Kinder, die bisher als "kleine Erwachsene" berechnet werden. Zugleich hat das Gericht deutlich gemacht, dass der Regelsatz das sozio-kulturelle Existenzminimum als eine Frage der Menschenwürde garantieren muss.

Angesichts fallender Umfragewerte der FDP hat Vizekanzler Guido Westerwelle dieses Urteil aufgegriffen, um mit schriller Stimme ALG-II-EmpfängerInnen "spätromische Dekadenz" zu unterstellen. Die Tatsache, dass oft genug Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland so wenig verdienen, dass sie von ihrer Hände Arbeit nicht leben können, spielt er aus gegen jene Menschen, die gar keine Arbeit haben und ausschließlich von staatlichen Leistungen leben.

Inzwischen versucht die FDP, einen moderateren Auftritt vorzuführen, als sei es ihr zunächst nur um das Aufbrechen angeblicher Tabus gegangen. In der Sache bleibt es jedoch dabei: Plattitüden, Banalitäten und Unwahrheiten werden in der sozialpolitischen Auseinandersetzung zu Botschaften mit politischer Substanz stilisiert, obwohl das Gegenteil der Fall ist. Schlimmer noch: Die Politik der schwarz-gelben Koalition verhindert genau das, was nötig wäre, um einigen Missständen Abhilfe zu leisten.

Bündnis 90/Die Grünen haben mit dem Wahlprogramm ein umfassendes Konzept vorgelegt und die entsprechenden Instrumente für mehr soziale Gerechtigkeit benannt. Wichtige Bausteine sozialer Gerechtigkeit sind ein **Mindestlohn**, das **Progressivmodell** zur Unterstützung von Geringverdienern, die **Erhöhung des ALG II** auf 420 Euro, der **Bildungssoli** und der **Ausbau kommunaler Infrastruktur**. Die Steuerpolitik von Union und FDP trocknet die Kommunen aus. Es ist ein Hohn, wenn die FDP jetzt zum Beispiel kostenfreie Kindertagesstätten fordert.

Neuerliche Bild-Schlagzeilen behaupten, MigrantInnen und ihre in Deutschland geborenen Nachkommen seien doppelt so häufig auf Sozialhilfe angewiesen, wie der Rest der Bevölkerung. Was als Schwachpunkt unseres Sozialsystems erscheinen soll, verweist in Wahrheit auf einen Skandal: Schon aus drei Gründen haben MigrantInnen schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt als Deutsche: MigrantInnen haben nicht dieselben Bildungschancen wie Deutsche, ausländische Berufsabschlüsse werden oft nicht anerkannt und wer sich mit ausländischem Namen auf eine Stelle bewirbt, wird erheblich seltener zum Vorstellungsgespräch geladen.

Nachfolgend haben wir sieben falsche Behauptungen der Klientelpartei FDP zusammengestellt\*. Deutlich wird: Die Argumente der FDP sind bestenfalls unseriös, schlimmstenfalls glatt gelogen. Und deutlich wird auch: Wer mehr haben will als populistische Allgemeinplätze, der muss ins grüne Programm schauen.

### Lesen Sie auf den folgenden Seiten unsere Antworten auf die Thesen der FDP:

These 1 Wer arbeitet, muss mehr haben als derjenige, der nicht arbeitet	S. 2
These 2 Wir wollen Bürokratie verringern, damit mehr Hilfe ankommt	S. 3

These 3 Wir wollen die Aufnahme von Arbeit fördern statt die Arbeitslosigkeit zu verwalten	S. 4
These 4 Es darf keine Leistung ohne die Bereitschaft zur Gegenleistung geben	S. 5
These 5 Ältere dürfen nicht durch das Rost fallen	S. 6
These 6 Wir wollen den Renteneintritt flexibel gestalten	S. 7
These 7 Die beste Sozialpolitik ist eine gute Bildungspolitik	S. 8
Kommentare zum Thema	S. 9

\* Guido Westerwelle, 7 Anliegen für den Umbau des Sozialstaates, Pressemitteilung der FDP vom 17.02.2010

### Falsche FDP-These Nr. 1

*"Wer arbeitet, muss mehr haben als derjenige, der nicht arbeitet. Um das zu erreichen, wollen wir gerade kleine und mittlere Einkommen entlasten. Deswegen wollen wir bei der Steuerreform zum Beispiel den sogenannten Mittelstandsbauch abflachen und haben deswegen bereits die Freibeträge für Kinder erhöht. Leistung muss sich lohnen. Wer die Leistungsgerechtigkeit vergisst, der wird die soziale Gerechtigkeit verlieren."*

### Richtig ist:

- Wer arbeitet, bekommt schon jetzt immer mehr als der, der nicht arbeitet. Vorgelagerte Systeme wie Kindergeld, -zuschlag und Wohngeld stärken Arbeitende, fehlen aber regelmäßig in den Berechnungen zum Beispiel der Bild-Zeitung. Wer trotz Arbeit weniger verdient als Regelsatz und Kosten der Unterkunft ausmachen, wird zum "Aufstocker" und bekommt ebenfalls mehr als ein nicht arbeitender ALG II-Bezieher. Das heißt, selbst wenn man dem Postulat zustimmt, gäbe es keinen Handlungsbedarf, denn die Forderung ist heute schon Realität. Aber wir Grüne geben uns nicht damit zufrieden, dass der, der arbeitet mehr hat als der, der nicht arbeitet. Wir finden, man sollte von seiner Arbeit leben können.
- Skandalös sind nicht vermeintlich opulente Transferleistungen, skandalös ist, dass in Deutschland immer öfter Löhne gezahlt werden, von denen man nicht leben kann. Ein Mindestlohn könnte das ändern, scheitert aber leider an der FDP.
- Diejenigen, die nur ein Einkommen bis etwa 890 Euro monatlich erzielen, zahlen keine Einkommensteuer. Von einer Abflachung des Mittelstandsbauches hätten sie nix. Davon profitieren vor allem die gut und besser Verdienenden. Wer möchte, dass auch Geringverdienende mehr Netto vom Brutto haben, sollte nicht auf Steuersenkungspopulismus reinfallen, sondern auf das grüne Progressivlohnmodell setzen und die Geringverdiener von hohen Sozialversicherungsabgaben

entlasten.

*weiter mit These 2*

### **Falsche FDP-These Nr. 2**

***"Wir wollen Bürokratie verringern, damit mehr Hilfe ankommt. Dafür wollen wir ein Bürgergeld einführen, das die Lebensgrundlage sichert für Bürger, die nicht über ein ausreichendes Einkommen verfügen. Mit dem Bürgergeld wollen wir die komplizierte Vielzahl von Leistungen zusammenfassen und Bürokratie abbauen. Nicht der teure Staat ist der starke Staat, sondern der effiziente, der treffsicher hilft und Verschwendung verhindert."***

#### **Richtig ist:**

- Genau so ungerecht wie ein Steuersystem, das auf einen Bierdeckel passt, wäre ein Sozialsystem, das keinen Raum für Differenzierung lässt. Es ist schon erstaunlich, mit welcher Dreistigkeit die FDP nun ein Bürgergeld fordert. Das Bundesverfassungsgericht hat gerade geurteilt, dass ein unabweisbarer, laufender und besonderer Bedarf gezahlt werden muss und dieser nicht pauschaliert werden kann. Ein Bürgergeld wäre aber eine pauschale Leistung. Das Bürgergeld soll auch Kosten der Unterkunft in einer einheitlichen Höhe ersetzen. Dadurch wird der Ansatz sogar komplett verquer. Die Miethöhen in Deutschland sind völlig unterschiedlich. Das Bürgergeld würde damit an einigen Orten (z. B. München) nahezu vollständig für die Miete aufgebraucht.
- Viele Menschen, darunter auch sozial Benachteiligte, Alte, Behinderte oder Kranke benötigen zusätzliche Hilfen, die ihnen das Bürgergeld nicht bietet. Zielgenaue Leistungen wie Wohngeld, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Hilfen zur Gesundheit, Eingliederungshilfe für behinderte Menschen, Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten, usw. fielen weg. Das wäre ein beispielloser Kahlschlag!
- Wir Grüne fordern einen angemessenen Regelsatz von 420 Euro für Erwachsene und einen für Kinder und Jugendliche, der sich an den Empfehlungen des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands orientiert (280-360 Euro), bis eine von der Bundesregierung eingesetzte Kommission nach den vom Bundesverfassungsgericht vorgegeben Kriterien eine Empfehlung abgegeben hat. Die Kosten der Unterkunft sollen wie bisher nach den ortsüblichen Mieten erstattet werden.
- Mit dem Bürgergeld als unterstem Existenzminimum will die FDP die Menschen dazu zwingen, Arbeit um jeden Preis anzunehmen. Ein gesetzlicher Mindestlohn ist Gift für dieses Konzept. Ohne eine Lohnuntergrenze, wie wir sie vorschlagen, öffnet das Bürgergeld dem Lohndumping seitens der Unternehmen Tür und Tor.

*weiter mit These 3*

### **Falsche FDP-These Nr. 3**

***"Wir wollen die Aufnahme von Arbeit fördern statt die Arbeitslosigkeit zu verwalten. Wer soziale Hilfe erhält und sich etwas dazuverdient, der soll mehr von seinem Verdienst behalten dürfen. Deswegen wollen wir Hinzuverdienstmöglichkeiten und Minijobs stärken. Wir wollen, dass der Schwerpunkt der Arbeitsmarktverwaltung wieder die Vermittlung von Arbeit ist. Gute Politik wendet sich gegen die Gewöhnung an Arbeitslosigkeit und baut Brücken zurück in den Beruf."***

#### **Richtig ist:**

- Zwar sind Zuverdienstmöglichkeiten zu verbessern, aber sie dürfen auch kein versteckter Kombilohn werden. Zuerst brauchen wir einen Mindestlohn. Ohne Mindestlohn führen großzügigere Zuverdienste zu einer Subventionierung von Unternehmen, die Niedrigstlöhne zahlen. Firmen können die Löhne weiter absenken und ihre Beschäftigten zur Aufstockung der Löhne mit ALG II aufs Amt schicken. Die Spirale nach unten würde weiter Fahrt gewinnen, der Niedriglohnsektor würde weiter wachsen. Die Ausweitung der Minijobs ist ebenfalls der falsche Weg. Sie würde noch mehr prekäre Beschäftigung ohne soziale Absicherung schaffen. Das lehnen wir ab. Die Absenkung der Lohnnebenkosten im unteren Bereich der Einkommen nach dem grünen Progressivmodell würde ebenfalls dafür sorgen, dass die Beschäftigten im Niedriglohnsektor mehr Netto vom Brutto erhalten.
- Wer die Arbeitsverwaltung wirklich stärken will, der muss Sanktionsdrohungen, Scheinangebote und die schematische Fallbearbeitung mittels EDV-Masken durch ein qualifiziertes und individuelles Fallmanagement ersetzen. Statt bürokratischer Zumutungen und Gängelung müssen faire Spielregeln sowie Motivation und Bestärkung der Hilfebedürftigen im Mittelpunkt stehen.
- Deswegen ist Forderung nach mehr Sanktionen blanker Populismus. Die Sanktionspraxis im SGB II ist heute schon deutlich zu hart. Die Hälfte aller beklagten Bescheide hat keinen Bestand vor den Sozialgerichten. Es scheint oft geradezu Politik der Arbeitsverwaltung zu sein, das Auszahlen von Geldleistungen zu vermeiden, indem Sanktionen verhängt werden. Wegen des regelmäßigen Rechtsmissbrauchs wollen wir Grüne die Sanktionen aussetzen.

*weiter mit These 4*

#### **Falsche FDP-These Nr. 4**

*"Es darf keine Leistung ohne die Bereitschaft zur Gegenleistung geben. Wer jung und gesund ist und keine Familienangehörige zu versorgen hat, der soll auch eine Gegenleistung bringen, wenn er die Hilfe der Solidargemeinschaft in Anspruch nimmt. Wer zumutbare Arbeit oder Weiterbildung ablehnt, der muss die Folgen für die Weigerung auch deutlich spüren. Wenn Bürger in Not geraten, haben sie Anspruch auf die Hilfe unserer Gesellschaft: Wer soziale Hilfe in Anspruch nimmt, obwohl er nicht berechtigt dazu ist, nimmt die Hilfe denen, die sie wirklich brauchen. Wir wollen die Bedürftigen vor den Findigen schützen."*

#### **Richtig ist:**

- Natürlich gibt es Fälle von Missbrauch beim Arbeitslosengeld II. 2009 machten sie aber nur 1,9 Prozent aller Fälle aus. 98,1 Prozent der Arbeitslosengeld-II-Bezieher haben sich also vollständig an Recht und Gesetz gehalten und haben einen rechtmäßigen Anspruch auf Hilfe. Es ist zutiefst unfair, die wenigen Missbrauchsfälle zu instrumentalisieren, um die überwältigende Mehrheit hilfebedürftiger Bürger zu diffamieren.
- Das Bundesverfassungsgericht hat noch einmal betont, dass jedem das sozio-kulturelle Existenzminimum gewährt werden muss. Das ist der Kern des Sozialstaatsgebots. Das bedeutet, dass man die Existenzsicherung nicht davon abhängig machen darf, ob sich jemand in einen sinnlosen Ein-Euro-Job fügt oder nicht. Allein die Frage, ob jemand hilfebedürftig ist oder nicht, ist dafür entscheidend.
- Wer die Aussage "Wir wollen die Bedürftigen vor den Findigen schützen" ernst nimmt, sollte die Steuerhinterzieher in Deutschland konsequent verfolgen und nicht auf die Schwachen in der Gesellschaft eintreten. Schätzungen zufolge ist der Steuermisbrauch achtmal höher als der Missbrauch von Sozialleistungen.

weiter mit These 5

### Falsche FDP-These Nr. 5

**"Ältere dürfen nicht durch das Rost fallen.** Es kann nicht richtig sein, dass Budgetierung und Rationierung Gesundheitsleistungen gerade dann einschränken, wenn die Bürger sie am dringendsten brauchen. Besonders Ältere brauchen deswegen ein Gesundheitssystem mit freier Arzt- und freier Therapiewahl. Darum wollen wir ein Gesundheitssystem, das Patienten freien Zugang zu einer guten Versorgung ermöglicht. Wir wollen die Planwirtschaft im Gesundheitswesen beenden und für mehr Transparenz sorgen. Jeder Patient soll wissen, welche Rechnung in seinem Namen gestellt wird."

#### Richtig ist:

- Alle müssen den Zugang zu den notwendigen Gesundheitsleistungen haben. Deshalb müssen wir endlich Schluss damit machen, dass sich ausgerechnet die Besserverdienenden dem Solidarsystem entziehen können. Denn eine gute und allen zugängliche Gesundheitsversorgung braucht eine nachhaltige Finanzierungsgrundlage. Deshalb wollen wir eine Bürgerversicherung, in der sich alle auch mit ihren Gewinn- und Kapitaleinkommen an der Finanzierung des Solidarausgleichs beteiligen. Das will die FDP aber gerade nicht.
- Die FDP will der gesetzlichen Krankenversicherung mit einer Kopfpauschale die Solidarität austreiben. Die Friseurin soll einen genauso so hohen Krankenversicherungsbeitrag zahlen müssen wie ihr Kunde, der als leitender Angestellter arbeitet. Der Sozialausgleich, den der Bundesgesundheitsminister verspricht, wird eine Schimäre bleiben. Die 30 Milliarden Euro, die für die Prämienzuschüsse notwendig wären, werden angesichts der Rekordverschuldung und der Steuersenkungspläne der FDP nicht zu finanzieren sein.
- Geht es nach der FDP, wird die heutige Zweiklassengesellschaft, die im Krankenversicherungssystem durch die Trennung von gesetzlich und privat entsteht, durch eine Zweiklassenmedizin innerhalb der gesetzlichen Krankenversicherung ergänzt. Die freie Arzt- und Therapiewahl werden sich dann nur noch Gutverdiener leisten können, für die übrigen bleibt nur eine Grundversorgung.

weiter mit These 6

### Falsche FDP-These Nr. 6

**"Wir wollen den Renteneintritt flexibel gestalten.** Um die Beschäftigung Älterer zu fördern, wollen wir alle Barrieren für Arbeit im Alter beseitigen. Daher fordert die FDP, alle Zuverdienstgrenzen neben dem Rentenbezug aufzuheben. Wir wollen, dass jemand ab dem 60. Lebensjahr in Rente gehen kann, wenn dann seine Rente ausreichend hoch ist. Wer dagegen länger arbeiten will und kann, soll dürfen. Die Menschen wissen selbst besser als jede starre Rentenbürokratie, was sie noch können und wollen."

#### Richtig ist:

- Die FDP macht ausschließlich für diejenigen Politik, die keine Probleme am Arbeitsmarkt haben. Denn diejenigen, die keine Probleme am Arbeitsmarkt kennen, können ab dem 60. Lebensjahr weiterarbeiten und können zusätzlich noch eine Rente beziehen. Diejenigen, die Probleme am Arbeitsmarkt haben, die Geringqualifizierten und diejenigen mit unterbrochenen Erwerbsbiografien,

fallen bei der FDP-Politik mal wieder hinten runter. Wenn sie arbeitslos werden und ihre Rentenansprüche über dem Grundsicherungsniveau liegen, können sie zwangsweise in Rente geschickt werden. Die FDP fördert Altersarmut.

- Wir Grüne wollen die **Grundsicherung im Alter** und bei dauerhafter Erwerbsminderung auf ein Niveau anheben, das Teilhabe tatsächlich ermöglicht. Und wir wollen eine "**Garantierente**" einführen, für jene Bürgerinnen und Bürger, die wegen niedriger Verdienste oder Unterbrechungen ihres Erwerbslebens keine ausreichenden Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung beziehen können.

*weiter mit These 7*

### **Falsche FDP-These Nr. 7**

*"Die beste Sozialpolitik ist eine gute Bildungspolitik. Eine gute Bildungspolitik sorgt nicht nur für die Aufstiegschancen der jungen Generation, sondern auch für die Durchlässigkeit der ganzen Gesellschaft. Von der frühkindlichen Bildung, über Ganztagschulen bis hin zur beruflichen Bildung und dem Studium: Wer heute in Bildung investiert, wird morgen weniger für Sozialleistungen ausgeben müssen."*

#### **Richtig ist:**

- Schwarz-Gelb tönt gern von der "Bildungsrepublik Deutschland". Man verkündet Milliarden in die Bildung zu investieren – alles Quark: Nicht weniger als sieben der versprochenen 12 Milliarden stammen bereits von der Großen Koalition – und damals wie heute ist die konkrete Finanzierung in den zukünftigen Haushalten ungewiss. Und mit ihrem Stipendiensystem und sogenannten Zukunftskonten sollen insbesondere Studierende aus bürgerlichen Familien privilegiert werden – also dem klassischen FDP-Klientel. So verschärft Schwarz-Gelb die **soziale Spaltung im Bildungsbereich**. Für den eigentlichen Bildungsaufbruch bleibt kaum was übrig. Ohnehin haben die schwarz-gelben Steuergeschenke den Ländern und Kommunen genau die Gelder genommen, die diese für den Ausbau einer **guten Bildungsinfrastruktur** benötigen. Auf dem Bildungsgipfel hat Schwarz-Gelb angekündigt, künftig nach gemeinsamen bildungspolitischen Initiativen von Bund und Ländern auch nur suchen zu wollen - angesichts des enormen Reformstaus im deutschen Bildungssystem ein klassisches Eigentor. Mit lösungsorientierten Strukturfragen will sich die schwarz-gelbe Bundesregierung nicht beschäftigen dürfen. Das ist ein schwarz-gelbe Bildungsabsturz –aufbruch!
- Wir Grüne wollen ein Bildungssystem, das **allen Chancen gibt**. Jede und jeder muss von Anfang an und immer wieder im Leben die Chance zum Lernen haben, unabhängig von Herkunft, Geldbeutel der Eltern, dem eigenen Alter oder Geschlecht.
- Im Übrigen: Bildung darf nicht gegen den materiellen Erhalt des sozio-kulturellen Existenzminimums ausgespielt werden. Beides ist notwendig und beides kostet Geld. Steuersenkungen sind deshalb nicht finanzierbar.

Kommentieren Sie die Debatte in unserem Offenen Forum (<http://mail.gruene-mail.de/phorum/read.php?14,169419>).

#### **Mehr zum Thema**

Progressiv-Modell (<http://www.gruene-bundestag.de/cms/arbeit/dok/327/327977@de.html>)

Soziale Gerechtigkeit

Mindestlohn (<http://www.gruene-bundestag.de/cms/arbeit/dok/327/327851@de.html>)

Regelsatzurteil (<http://www.gruene-bundestag.de/cms/archiv/dok/326/326626@de.html>)

Lohnabstand (<http://www.gruene-bundestag.de/cms/arbeit/dok/327/327856@de.html>)

Grüne fordern Regierungserklärung zur sozialen Gerechtigkeit

(<http://www.gruene-bundestag.de/cms/presse/dok/327/327494@de.html>)

Das grüne Progressiv-Modell: Für Arbeit, die sich lohnt

(<http://www.gruene-bundestag.de/cms/arbeit/dok/327/327977@de.html>)

Rede: Renate Künast (Video vom 24.2.2010)

(<http://www.gruene-bundestag.de/cms/videos/dok/328/328850@de.html>)

Mehr soziale Gerechtigkeit statt Spaltung der Gesellschaft

Das grüne Progressiv-Modell: So werden Geringverdiener entlastet

(<http://www.gruene-bundestag.de/cms/arbeit/dok/327/327977@de.html>)

Mindestlohn muss sein! (<http://www.gruene-bundestag.de/cms/arbeit/dok/327/327851@de.html>)

Grüne fordern Regierungserklärung zur sozialen Gerechtigkeit

(<http://www.gruene-bundestag.de/cms/presse/dok/327/327494@de.html>)